

Rheinland-Pfalz
unterm Regenbogen



AKZEPTANZ FÜR LESBEN, SCHWULE, BISEXUELLE, TRANS*, INTER* UND NICHT-BINÄRE MENSCHEN.

Landesweiter Runder Tisch im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“

am 16. November 2021

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

per Videokonferenz

Programm

15.30 Uhr	Begrüßung Claudia Porr, Leiterin der Abteilung Jugend, Familie und Vielfalt Staatssekretär David Profit, Landesbeauftragter für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität
15.50 Uhr	Vorstellung von Schwerpunkten und Vorhaben der Queer-Gruppen
16.20 Uhr	Vorstellung der Schwerpunkte und Vorhaben der Landesregierung und Partnerorganisationen
16.40 Uhr	Austausch und gegenseitige Anregungen zu den Schwerpunkten und Vorhaben
17.20 Uhr	Schlusswort Staatssekretär David Profit, Landesbeauftragter für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität

Moderation: Claudia Porr

Protokoll: Laura Kaluza und Referat gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, Geschäftsstelle des Landesbeauftragten

Begrüßung

Claudia Porr, Leiterin der Abteilung Jugend, Familie, und Vielfalt

Claudia Porr begrüßt die Teilnehmenden des Landesweiten Runden Tisches im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“. Sie freut sich, dass so viele Teilnehmende der Einladung gefolgt sind. Es sei bedauerlich, dass das Treffen als Videokonferenz stattfinden müsse, aber die immer weiter steigenden Corona-Inzidenzen ließen derzeit keine Präsenzveranstaltungen zu.

Es sei heute eine besondere Veranstaltung, denn es gehe um den Auftakt für die Fortschreibung des Landesaktionsplans in der neuen, dritten, Legislaturperiode. Seit nunmehr 10 Jahren werde in Rheinland-Pfalz intensiv an queeren Themen gearbeitet. Heute gehe es um die Maßnahmen, die in den nächsten fünf Jahren weitergeführt werden und neu hinzukämen.

Der Landesweite Runde Tisch sei ein Dialogforum. Daher sei dem Ministerium der Austausch über die Vorhaben sowie Anregungen und Fragen rund um den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ sehr wichtig.

Staatssekretär David Profit, Landesbeauftragter für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität

Staatssekretär David Profit begrüßt die Teilnehmenden, insbesondere den Abgeordneten Patrick Kunz von den Freien Wählern und Heik Zimmermann, die er zu dem Landesverdienstorden beglückwünscht, der ihr am 15. November 2021 von Ministerpräsidentin Malu Dreyer verliehen wurde.

Staatssekretär David Profit freut sich auf die Zusammenarbeit mit den Teilnehmenden des Landesweiten Runden Tisches und wünscht sich für die kommenden fünf Jahre, gemeinsam die Akzeptanz von LGBTIQ* in Rheinland-Pfalz zu erhöhen.

Die Begrüßungsrede von Staatssekretär David Profit ist dem Protokoll beigefügt.

Vorstellung von Schwerpunkten und Vorhaben der Queer-Gruppen

Queernet Rheinland-Pfalz

Joachim Schulte berichtet für Queernet Rheinland-Pfalz e.V.

Er betont, dass in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz viel bewegt wurde. So sei beispielsweise eine Zielvereinbarung mit QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. geschlossen und das Projekt „Familienvielfalt“ auf den Weg gebracht worden.

Im Projekt „Familienvielfalt“ sensibilisierten ein landesweiter und vier regionale Koordinator:innen, Regeleinrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Hinzugekommen seien Einrichtungen für ältere Menschen sowie für Menschen mit Migrationsgeschichte. Die Angebote seien mittlerweile ausgeweitet und spezialisiert. Seit der Corona-Pandemie werde Beratung und Fortbildung auch online angeboten.

Das Projekt SCHLAU von Queernet RLP e.V. mit seiner Bildungsarbeit in Schulen habe eine gute Kontinuität entwickelt. Das Projekt „Queer refugees“, das 2015 gestartet sei, sei mittlerweile in Trier, Mainz und Kaiserslautern vertreten.

Auch auf der kommunalen Ebene konnte durch die Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Stadt Mainz vieles erreicht werden. Ziel sei es, in allen Strukturen anzukommen und sichtbar zu sein. QueerNet RLP e.V. strebe daher an, queere Anlaufstellen in allen Oberzentren zu etablieren.

Das queere Zentrum Trier konnte gerade durch Umbaumaßnahmen erweitert werden. Weitere zukünftige Maßnahmen sollten der Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit sein, auch am Themenfeld Ausbildung solle weitergearbeitet werden. In den Pflegeberufen gäbe es nun ein Grundmodul zu Diversität. Wünschenswert sei es, dies auch für die Lehrer:innen-Ausbildung zu etablieren.

Geplant sei eine Zielvereinbarung mit dem Landessportbund am 8. Dezember 2021, sowie eine Zielvereinbarung mit m*power. Wichtig sei zudem die Ansprechperson für

queere Personen bei der Polizei, die die Sichtbarkeit von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sehr gefördert habe. Beide Zielvereinbarungen wurden zwischenzeitlich geschlossen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit sei das Thema queere Geschichte. Durch die Unterstützung des Landes habe hier viel erreicht werden können. Rheinland-Pfalz sei das erste Flächenland, das eine Untersuchung zur Situation von LSBTIQ* unternommen habe. Eine zweite Untersuchung gab es speziell zu Sorgerechtsentzug bei lesbischen Frauen. Queernet RLP e.V. organisiere Veranstaltungen zu queerer Emanzipationsgeschichte. Das Ziel sei es, an einer Hochschule in Rheinland-Pfalz eine Stelle zum Thema queere Geschichte zu schaffen.

QueerNet RLP e.V. wolle mit allen gesellschaftsrelevanten Gruppen in Kontakt treten. Beispielsweise solle in Zukunft eine Ansprechperson für LSBTIQ* im Bistum Mainz etabliert werden. Auch für die Gewerkschaften gäbe es noch Handlungsbedarf. QueerNet RLP e.V. strebe in dieser Legislaturperiode eine Zertifizierung für Alten- und Pflegeeinrichtungen nach dem „rosa Schlüssel“ an sowie die Zertifizierung von Schulen als „Schule der Vielfalt“.

[dgti e.V.](#)

Petra Weitzel berichtet für die dgti e.V.

Seit 2016 sei die dgti e.V. im Rahmen des rheinland-pfälzischen Arbeitskreises im Land im Bereich Beratung und Lobbyarbeit aktiv. Ansprechperson ist aktuell Sandra Mielke.

Laufende Projekte seien die Ausbildung zu Trans*Beratenden, unterstützt von der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland. Die Zahl der Anmeldungen übersteige bei weitem die Teilnahmemöglichkeiten. Angedacht seien Schulungen für Unternehmen. Hier liefen derzeit Gespräche mit der Lufthansa und der BASF.

Bei der Entwicklung der Handreichung TIN* in der Schule war Heik Zimmermann für die dgti e.V. vertreten. Seit Januar 2021 gäbe es eine Zertifizierung von medizinischen

Einrichtungen mit Ausbildungsnachweisen zu Sensibilisierungsmaßnahmen des Personals. Der Qualitätszirkel Psychotherapeut:innen habe sich aufgelöst, nun aber die Arbeit wiederaufgenommen.

Die Zahl der Beratungsstunden, die durch das Land Rheinland-Pfalz gefördert werden, steige ständig an. Trans*Kids Andernach biete ebenfalls Beratung an, Ansprechperson ist Julia Monro. Neue Beratungsangebote gäbe es in Altenkirchen und Frankenthal. Es bedürfe darüber hinaus einer hauptamtlichen Koordinierungsstelle zur Beratung von Schulen, Hochschulen und weiteren Einrichtungen.

Die dgti e.V. engagiere sich zu aktuellen Themen, beispielsweise zu Olympia oder beim Lesbenfrühlingstreffen. Es gäbe Kooperationen mit QueerNet RLP e.V. beispielsweise zum Transgender Day of Remembrance (TDoR - „Tag der Erinnerung an die Opfer von Trans*feindlichkeit“) und einen regelmäßigen Austausch mit dem Deutschen Olympischen Sportbund und anderen Sportverbänden. Mit den Bistümern sei die dgti e.V. ebenfalls im Gespräch.

Beim Projekt „Grundgesetz für alle“ fordere die dgti e.V. eine Aufnahme der „geschlechtlichen Identität“ in Artikel 3 des Grundgesetzes.

Vorstellung der Schwerpunkte und Vorhaben der Landesregierung und Partnerorganisationen

Ministerium für Bildung

Ute Schmazinski berichtet für das Ministerium für Bildung.

Ziel sei die strukturelle Verankerung der Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften. In den Vorschriften zur Lehr- und Lernmittelfreiheit sei das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verankert.

Das Land fördere strukturelle und regelhafte Projekte, wie SCHLAU und zur Demokratiebildung an Schulen. In Arbeit sei die Handreichung zu TIN* an Schulen. Hierzu liege ein überarbeiteter Entwurf vor, im Rahmen dessen derzeit rechtliche Fragen von bundesweiter Bedeutung geklärt würden.

Alle Maßnahmen seien so angelegt, dass sie dauerhaft und strukturbildend seien. Dazu gehörten Maßnahmen in der Aus- und Fortbildung. Hier gäbe es noch Ausbaubedarf. Die Pädagogik der Vielfalt solle in den Blick genommen werden, Akzeptanz und Vielfalt solle mehr im Schulalltag verankert werden, wie auch Hilfestellungen und Beratung für Ratsuchende.

Ministerium der Justiz

Dr. Andreas Budroweit berichtet für das Ministerium der Justiz.

In Rheinland-Pfalz seien LGBTIQ* im Landesrecht vollständig gleichgestellt. Auf Bundesebene stünden rechtliche Reformen an, für die der Bund federführend sei. Das Ministerium der Justiz werde sich im Rahmen seiner Zuständigkeit in die Gesetzgebung einbringen.

Ministerium des Inneren

Jörg Hanke berichtet für das Ministerium des Inneren und für Sport.

Es wurde eine Handreichung zu TIN* in der Polizeiarbeit erarbeitet, die alle zwei Jahre aktualisiert werde. Das „WerteDisplay“ (Informations-Steile) vor der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz informiere auch über LGBTIQ*. Ziel sei der selbstverständliche Respekt vor allen Menschen.

Die Polizei habe eine zentrale „Ansprechstelle der Polizei für LSBTI*“ und regionale Ansprechpersonen in den Polizeipräsidien installiert. Es würden Gespräche zwischen LGBTIQ* und der Polizei geführt, wie zum Beispiel „TIN* (k)ein Thema für die Polizeiarbeit“ im Mai 2021 in Zusammenarbeit mit dem Referat gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, Geschäftsstelle des Landesbeauftragten. Polizeikräfte würden regelmäßig zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt fortgebildet.

Fortlaufend fänden speziell im Bereich Sport Gespräche statt. Hier seien Zielvereinbarungen für einen diskriminierungsfreien Sport sowie Fortbildungen von Trainer*innen geplant.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung

Esther Höfler berichtet für das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung.

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt seien wichtige Themen im Bereich Pflege, Demographie und „Älter werden“. Das MASTD unterstütze daher die Zertifizierung von Altenheimen durch den „Regenbogenschlüssel“ der Stiftung „Buntes Leben Stiften“. Ziel sei die Sensibilisierung zu LGBTIQ*, beispielsweise über den Pflegeratgeber oder in der Ausbildung von Fachkräften. Auch bei Veranstaltungen, vor allem über die geförderten Weiterbildungsträger, würden die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aufgegriffen.

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit

Nicole Secker berichtet für das Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit.

Die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion durch das Land Rheinland-Pfalz (Förderrichtlinie Assistierte Reproduktion) des Gesundheitsministeriums sei am 1. März 2021 in Kraft getreten. Sie gehe zurück auf einen Beschluss des Landtags vom 14. November 2019. Im Rahmen der Richtlinie würden bundesweit erstmals und bisher einmalig auch lesbische Paare vom Land in gleicher Weise gefördert wie heterosexuelle Paare. Die Antragstellung erfolge über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung.

Das Land Berlin habe die Formulierung der Richtlinie von Rheinland-Pfalz zu lesbischen Paaren zum 1. Juli 2021 übernommen, in anderen Bundesländern werde die Förderung lesbischer Paare ebenfalls diskutiert.

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration

Birgitta Brixius-Stapf berichtet für das Ministerium für Familien, Frauen, Kultur und Integration.

Das Referat gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität, Geschäftsstelle des Landesbeauftragten sei federführend für den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ zuständig. Der neue Koalitionsvertrag der Landesregierung enthalte Maßnahmen, die im Rahmen des Landesaktionsplans umgesetzt würden.

Ein Schwerpunkt der Arbeit sei insbesondere am Anfang der Legislaturperiode die Öffentlichkeitsarbeit. So seien die Farbgebung des Logos überarbeitet sowie der Informationsflyer, die Roll-ups und die Homepage angepasst worden.

Die Aufarbeitung der queeren Geschichte werde weiter umgesetzt, indem Forschungsprojekte finanziell gefördert und die Ausstellung „Verschweigen verurteilen“ verliehen werde. Zudem werde in Zusammenarbeit mit medien.rlp eine Homepage erstellt, auf

der Dokumente, Berichte und Ergebnisse zur queeren Geschichte in Rheinland-Pfalz dargestellt werden sollten.

Die TIN*-Beratung werde gefördert, ebenso wie die Beratungsangebote von QueerNet RLP e.V. Hinsichtlich der Sensibilisierung relevanter Berufsgruppen zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sei das Referat mit den Kolleg:innen in den Ressorts im Gespräch mit dem Ziel, diese Themen in die Curricula aufzunehmen.

Die Handreichung „Geschlechtergerechte Sprache“ auf der Homepage www.regenbogen.rlp.de werde stetig aktualisiert. Das Referat berate zudem bei Fragen zu geschlechtergerechter Sprache.

Die Frauenabteilung fördere Projekte für Frauen und Mädchen und das Referat Jugendpolitik jugendpolitische Maßnahmen und Veranstaltungen. Das Familienpolitikreferat biete Fortbildungen für Fachkräfte der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe an. Bei Diskriminierung könnten sich Ratsuchende an die Landesantidiskriminierungsstelle wenden, die eine kostenfreie Beratung vermittele. Im MFFKI sei das anonymisierte Bewerbungsverfahren Standard.

Der Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit des Referats Demokratieförderung, Gewalt- und Extremismus-Prävention befasse sich auch mit den Themen sexuelle und geschlechtliche Identität, ebenso wie die Abteilung Migration im Bereich „queere Geflüchtete“.

Der Maßnahmenplan mit allen fortlaufenden und neuen Maßnahmen sei aktualisiert worden und werde den Teilnehmenden zusammen mit dem Protokoll zugeleitet.

Austausch und gegenseitige Anregungen zu den Schwerpunkten und Vorhaben

Petra Weitzel berichtet über die neue Begutachtungsanleitung des medizinischen Spitzenverbands zu „Transsexualität“. Diese beziehe sich auf die ICD-10. Der medizinische Dienst der Krankenversicherung in Rheinland-Pfalz (MDK) lehne alle Anträge von Jugendlichen ab. Als unmittelbare Folge davon verlangten Endokrinolog:innen in Rheinland-Pfalz von Eltern eine zweite oder sogar dritte Indikation. Dies werde jedoch durch keine Leitlinie gestützt und das ohnehin knappe Therapieangebot sei dadurch noch mehr reduziert. Das Bürgerhospital nehme keine Personen mehr außerhalb von Hessen auf. Die wenigen Personen, die in Rheinland-Pfalz in diesem Bereich arbeiteten, seien ausgelastet. Die dgti habe den MDK um Stellungnahme gebeten, dieser habe jedoch nicht geantwortet.

Heik Zimmermann berichtet zu reproduktiver Gerechtigkeit. Es werde in Zukunft mehr trans* und inter Personen mit Kinderwunsch geben. Die Möglichkeiten zur Elternschaft wurden bisher nicht nachgearbeitet. Hinsichtlich des Personenstands Trans*Elternschaft gebe es noch große Ungerechtigkeiten.

Auf dem Demokratietag des Landes Rheinland-Pfalz seien queere Themen stark unterrepräsentiert gewesen – es stellt sich die Frage, wie das verbessert werden könne.

Esther Lau, Queer Mittelrhein berichtet zum Thema Schule und Schulleitung. Hier gebe es große Zurückhaltung und geringe Offenheit. In der Beratung würde die Erfahrung gemacht, dass die Schulleitungen nicht gut informiert seien, die Handreichungen würden offenbar nicht gelesen. Die Frage sei, wie hier ein verstetigtes Fortbildungsangebot für Schulleitungen und ADD aussehen könnte.

Im nördlichen Rheinland-Pfalz würden Personenstandsänderungen durch die Standesämter und Bürgerämter abgelehnt, obwohl Stellungnahmen und Gutachten von Ärzt:innen vorlägen. Hier werde durchweg an die Gerichte verwiesen. Das BMI habe mit seinem Schreiben an die Standesämter dafür gesorgt, dass die Änderung des Eintrags im Geburtsregisters von transidenten Menschen abgelehnt werde.

Staatssekretär David Profit weist darauf hin, dass die Entwicklungen auf Bundesebene in den nächsten Monaten zum TSG und TIN* ausschlaggebend seien.

Ute Schmazinski, BM, informiert darüber, dass es eine Redaktionsgruppe zur Handreichung TIN* an Schulen gebe. Im Kontext der Veröffentlichung solle auch über Qualifizierungen für Schulleitungen gesprochen werden. Die Handreichung diene als Auftakt, TIN* in Schulen stärker zum Thema zu machen.

Alex Rollinger, Schmit-Z Trier, berichtet zum Thema queere Kultur. In diesem Bereich seien die queeren Themen auf Landesebene unterrepräsentiert. Das queere Zentrum Schmit-Z Trier habe in den letzten Jahren Anträge zum Kultursommer Rheinland-Pfalz eingereicht. Diese wären ohne Begründung abgelehnt worden. Hier wäre es von Seiten der queeren Zentren in Rheinland-Pfalz wünschenswert, dass das Land im kulturellen Bereich unterstützen würde. Zu einer Kultur der Vielfalt gehörten die queeren Themen dazu.

Staatssekretär David Profit antwortet, dass das MFFKI als Ministerium für Kultur diese auch als Teil von Gesellschaftspolitik verstehe. Hierzu werde mit der Kulturabteilung gesprochen.

Nina Hillebrecht, Initiative Lesbischer und Schwuler Eltern (ILSE) Mainz-Wiesbaden berichtet, dass Eltern durch die Corona-Pandemie sehr belastet seien. Die Kapazitäten für ehrenamtliches Engagement seien derzeit sehr gering. Daher wären professionelle Angebote wichtig, ebenso wie Online-Angebote der Kitas.

Darüber hinaus gebe es weiterhin Formulare, die für Regenbogenfamilien nicht passen, wie beispielsweise der Kreisverwaltung Mainz-Bingen. Die Sichtbarkeit von Regenbogenfamilien müsse gestärkt werden, ebenso die Werbung für den Kita-Koffer.

Staatssekretär David Profit antwortet, dass die evangelische psychologische Beratungsstelle (epb) in Mainz Angebote für Regenbogenfamilien bereitstelle. Das Formular sei zwar ein Thema für den Landesbeauftragten, er bittet jedoch zunächst mit der Landrätin des Kreis Mainz-Bingen, Dorothea Schäfer, in Verbindung zu treten. Das BM bittet er, sich der Fragen zu den Kitas anzunehmen.

Susanne Kros, Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum, weist darauf hin, dass das SPFZ im Frühjahr zwei Fortbildungsangebote zu Online-Angeboten in Kitas angeboten habe.

Joachim Schulte, QueerNet RLP e.V. weist darauf hin, dass der Fragebogen der Universitätsmedizin Mainz für die Blutspende eine Frage enthält, die explizit die sexuelle Identität abfragt. Diese Frage gehöre nicht in den Fragebogen.

Nachträgliche Antwort des MWG:

Aufgrund der aktuellen Änderung der Richtlinie Hämotherapie am 16. September 2021 gibt es einen neuen einheitlichen Fragebogen des Paul-Ehrlich-Instituts zur Blutspende, den auch die Transfusionszentrale der Unimedizin Mainz umsetzt: <https://www.pei.de/DE/newsroom/hp-meldungen/2021/211101-aktualisiert-einheitlicher-blutspenderfragebogen.html>

Joachim Schulte, QueerNet RLP e.V. berichtet, Queernet RLP e.V. sei seit Jahren auf dem Demokratietag präsent. Dieser habe sich regionalisiert und fand darüber hinaus 2020 ausschließlich online statt, in 2021 als hybride Veranstaltung. Das Angebot von SCHLAU sei von den Teilnehmenden nicht abgerufen worden. Das geplante Antidiskriminierungsgesetz sei im Hinblick auf Prävention und Ansprechstellen sehr wichtig.

Staatssekretär David Profit hält fest, dass das Bundesgesetz AGG die Länderkompetenzen nicht adressieren könne. Rheinland-Pfalz sei bei der rechtlichen Gleichstellung jedoch schon relativ weit. Das „Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt“ werde derzeit konzipiert, die Nichtregierungsorganisationen werden zu gegebener Zeit in den Prozess einbezogen.

Frank Grandpierre, Projekt „Familienvielfalt“ ergänzt zum Bericht der ILSE, dass Regenbogenfamilien bei der Beratung und Fortbildung von Fachkräften Thema sei, ebenso wie der Kita-Koffer. Auf das Thema Formulare würden die Projektkoordinierenden hinweisen. Beratungsangebote gebe es für Fachkräfte zudem durch die evangelische psychologische Beratungsstelle in Mainz und die Bar jeder Sicht.

Heik Zimmermann, dgti e.V. berichtet, dass die Situation von Eltern mit Trans* Kindern durch Corona sehr prekär geworden sei. Die psychotherapeutische Versorgung der Kinder und Jugendlichen stagniere auch. Die Schulen verschanzten sich teilweise hinter dem Thema Corona und es finde teilweise auch eine starke Top-down-Diskriminierung statt.

Ulrich Bestle, Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, berichtet, dass es zu wenige Plätze für Psychotherapie gäbe – dies habe sich mit der Corona-Pandemie weiter verschärft, regional auch durch die Flutkatastrophe. Speziell Minderheiten litten darunter, auch trans* und inter*Personen und die LGBTIQ* Community insgesamt. Er kritisiere, dass die Krankenkassen die Kostenerstattung für Psychotherapie nicht mehr ermöglichten, sondern nur für Sprechstunden. Die Situation der Therapieplätze werde dadurch nicht verbessert. Privatpraxen sollten eine Kostenübernahme für Psychotherapie beantragen können. Dies wurde auch im Ahrtal diskutiert aber leider nicht umgesetzt.

Esther Lau, Queer Mittelrhein, ergänzt, dass es wünschenswert wäre, für die Fortbildungsangebote zur Trans*-Beratung ein Zertifikat zu entwickeln.

Petra Weitzel, dgti e.V., berichtet, dass die dgti e.V. ein Schreiben wegen der fehlenden Therapieplätze an den Bundesgesundheitsminister geschrieben habe. Das BMG habe geantwortet, dass es keine Probleme gäbe. Die dgti e.V. sieht den Grund dafür in falschen Zahlen der Kassenärztlichen Vereinigung.

Schlussworte

Staatssekretär David Profit dankt allen Queer-Organisationen, Ressorts, Partnerorganisationen und Beteiligten im MFFKI für die Teilnahme am Landesweiten Runden Tisch.

Begrüßung Staatssekretär David Profit, Landesbeauftragter für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität

Sehr geehrte Teilnehmende,

ich freue mich, dass Sie anwesend sind und heute beim Runden Tisch teilnehmen. Ganz besonders möchte ich zwei Gäste begrüßen: Abgeordneten Patrick Kunz von den Freien Wählern und Heik Zimmermann. Ganz herzliche Glückwünsche möchte ich auch noch einmal in dieser Runde an Heik Zimmermann übermitteln. Ihr wurde gestern der Landesverdienstorden verliehen.

Ich bin seit 8. Juni 2021 neuer Landesbeauftragter für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität und erstmals beim Landesweiten Runden Tisch dabei. Ich möchte mich kurz vorstellen.

Ich wurde 1976 in Ludwigshafen geboren und habe nach dem Abitur und dem Zivildienst in Frankfurt am Main Rechtswissenschaften studiert. Nach dem ersten Staatsexamen war ich im Referendariat unter anderem tätig am Landgericht Wiesbaden, in der Staatsanwaltschaft Wiesbaden, einer Wirtschaftskanzlei, an der Universität Marburg, an der Verwaltungshochschule Speyer und am Bundesverfassungsgericht. Parallel zum Referendariat war ich als Referent im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst tätig. Nach dem zweiten Staatsexamen habe ich mich in einer großen Rechtsanwaltskanzlei mit dem Schwerpunkt Bankregulierungsrecht befasst. Von 2011 bis 2019 war ich Richter am Sozialgericht Mainz, von 2012 bis 2014 mit einer Abordnung in die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz als Referent für Kinder- und Jugendhilfe, Integrations-, Familien- und Frauenpolitik sowie für Angelegenheiten der Landesvertretung.

Von 2019 bis 2021 war ich Referatsleiter für Organisation und stellvertretender Leiter der Zentralabteilung im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

Die rechtliche Gleichstellung und die gesellschaftliche Akzeptanz von LGBTIQ* ist mir als offen schwul lebender Mann ein besonderes Anliegen. So habe ich in Rheinland-Pfalz 1998 die erste parlamentarische Landes-Initiative zu LGBTIQ* mitformuliert, und

dadurch erstmals sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Thema im Landtag einbringen können.

Von 2012 bis 2014 habe ich als Spiegelreferent den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ mit auf den Weg gebracht sowie den rheinland-pfälzischen Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare mitformuliert. Es war mir eine große Freude, als dies 2017 im Bundestag beschlossen wurde.

Ich freue mich darauf, als Landesbeauftragter mit Ihnen nun gemeinsam den Landesaktionsplan weiterzuentwickeln. Dazu habe ich bereits erste Gespräche mit Queer-Organisationen geführt und es ist mir wichtig zu hören, was Ihnen am Herzen liegt und wo Schuh drückt. Auf den Landesaktionsplan können wir gemeinsam stolz sein. Rheinland-Pfalz war das dritte Bundesland mit einem solchen Plan und viele Länder haben sich mit ihren Landesaktionsplänen an Rheinland-Pfalz orientiert. Mittlerweile haben fast alle Länder einen Landesaktionsplan für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.

Wir sind im Jahr 2021 und es passt nicht in die heutige Zeit, dass jemand, der Trans* ist und seinen Geburtseintrag ändern möchte, auf eigene Kosten zwei psychologische Gutachten einholen und entwürdigende Fragen über sich ergehen lassen muss. Anschließend beurteilt jemand aufgrund dieser Gutachten, ob geschlechtsangleichende Maßnahmen erfolgen dürfen und ob ein Geschlechtswechsel möglich ist.

Es passt auch nicht in diese Zeit, dass zwei Frauen, die verheiratet sind, und ein Kind in die Ehe geboren wird, ein Stiefkind-Adoptionsverfahren bei den Jugendämtern durchlaufen müssen: auch hier wieder Gutachten, wieder viele Fragen. Es spricht nichts dagegen, dass die Jugendämter, wie bei allen anderen Familien auch, anlassbezogen schauen, ob eine Kindeswohlgefährdung besteht. Aber das flächendeckend in der Konstellation einer gleichgeschlechtlichen Ehe zu prüfen, ist nicht in Ordnung. Ich erhoffe mir, dass der Bundesgesetzgeber hier sehr schnell tätig wird. Ich wünsche mir darüber hinaus, dass es Fortschritte bei der Gleichstellung von LGBTIQ* in der Verfassung gibt. Dazu braucht es eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag.

Was ist in Rheinland-Pfalz zu tun? Ich glaube, wir können uns hoffentlich bald stärker auf die Akzeptanzarbeit konzentrieren, wenn die rechtliche Gleichstellung abgeschlossen ist, denn hier gibt es auch immer noch einiges zu tun. Auf Bundesebene wünsche ich mir einen bundesweiten Aktionsplan, indem der Bund sich beim Verfahren daran orientiert, wie wir bei unserem Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ vorangegangen sind.

Mir ist auch wichtig, dass wir nächstes Jahr mit ein paar öffentlichkeitswirksamen Aktionen Akzeptanz schaffen, auch in Bereichen, in denen das bislang noch nicht erfolgt ist. Ich hoffe, das wird gelingen.

Ich freue mich, dass wir heute hier zusammen sind und ich freue mich darauf, was die Organisationen und die Ministerien berichten werden. Ich wünsche mir, dass wir in den kommenden fünf Jahren gut im Dialog bleiben und schauen, dass wir gemeinsam etwas erreichen können, um die Akzeptanz von LGBTIQ* in Rheinland-Pfalz zu erhöhen.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.